



An Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Oliver von Massow
Parkstraße 36-38
61231 Bad Nauheim

Bad Nauheim, den 30.06.2022

Änderungsantrag zum 1. Nachtragshaushalt 2022:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
anbei ein Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung.

Der Magistrat wird beauftragt ein evaluierbares Konzept zur dezentral außerschulischen aufsuchenden Jugendarbeit zu erstellen und mit der Erprobung spätestens im Herbst 2022 zu beginnen. Für die Umsetzung sind € 30.000 in den 1. Nachtragshaushalt 2022 einzustellen. Entsprechend ist dies bei der Haushaltsplanung für 2023 zu berücksichtigen. Diese Mittel sind Zweck gebunden.

Es wird empfohlen bei Konzeptionierung und Erprobungen des Konzeptes einer dezentral außerschulischen aufsuchenden Jugendarbeit in Bad Nauheim, einen in offener Jugendhilfe und Suchtprävention erfahrenen Träger einzubeziehen.

Dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren ist laufend zu berichten.

Begründung:

Unter Berücksichtigung des Statements aus dem Jugendbeirats für den Ausschuss Soziales, Jugend und Senioren am 03.11.2021, zu den Folgen der Corona-Pandemie hat die KOA die Initiative ergriffen. In seiner Sitzung am 18.11.2021 hat der H+F einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen:

„Es soll ein Konzept zur außerschulischen Jugendarbeit ausgearbeitet werden, welches ab Sommer 2022 umgesetzt werden soll. Für die Umsetzung ab Sommer 2022 werden die notwendigen Mittel bereitgestellt.“

Trotz dieses Beschlusses wurden im Haushalt 2022 keine Mittel eingestellt und dies auch im 1. Nachtragshaushalt nicht berücksichtigt.

Am 14. Juni 2022 wurde auf erneute Nachfrage dem Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren berichtet indem, zum wiederholten Male das Konzept des „Bad Nauheimer Präventionspuzzle“ mit ausführlicher Erläuterung der Präventionsangebote im Kinderbereich vorgestellt wurde. Als Angebote der offenen Jugendarbeit wurden genannt:

1. „Jugend Café,
2. Konzerte,
3. Projektarbeit“.

Zudem wurde über die zunehmende Übernahme von Verantwortung des Jugendbeirates für den Freiraum im Goldsteinpark berichtet. Im Resultat wurden die bereitgestellten Haushaltsmittel als ausreichend bewertet.

Unsere Auswertung des Berichtes im Sozialausschuss widerspricht dieser Einschätzung von Magistrat und Verwaltung. Es bleibt festzuhalten, dass die mit dem Haushaltsbeschluss verbundenen politischen Vorgaben nicht erfüllt wurden.

Wiederkehrend haben wir in der politischen Debatte festgestellt, dass es für Jugendliche im öffentlichen Raum zu wenige Orte gibt, an denen sie sich treffen können, ohne, dass es zu Konflikten mit Rechtsgütern Dritter kommt. In den Diskussionen um den Freiraum im Goldsteinpark bestand politischer Konsens darüber, dass dieser Ort für den tatsächlichen Bedarf nicht ausreichen wird. Die Forderung nach einer konzeptionellen Weiterentwicklung ist daher nur folgerichtig und unerlässlich. Mit der Annahme des Freiraums im Goldstein durch die Jugendlichen ist auch ein attraktiver außerschulischer Ort für kriminelle Aktivitäten entstanden. Dem ist durch entsprechende Maßnahmen der Suchtprävention entgegenzuwirken.

Intention des Antrages der KOA ist es dezentral aufsuchende Jugendarbeit, unabhängig von der Problematik von Störungen der öffentlichen Ordnung durch Jugendliche und junge Erwachsene weiter zu entwickeln. Jugendliche und junge Erwachsene dürfen nicht primär unter Sicherheitskriterien wahrgenommen und eingeordnet werden. Dafür braucht es, sozusagen als „Gegenüber“ des „Sicherheitskoordinators“ im Ordnungsamt die Jugendpflege in Form von Straßensozialarbeit. Erreicht werden sollen damit die Jugendlichen und junge Erwachsenen, die die städtischen Angebote der offenen Jugendarbeit nicht oder nur punktuell nutzen wollen (z.B. bei Konzerten). Es gilt die Bedarfe dieser Personengruppen zu kennen und zeitnah weitere annehmbare Angebote zu entwickeln. Ziele sind Vertrauen, Einflussnahme und Vermittlung bei Konflikten. Daher ist aufsuchende Jugendarbeit, die an die Orte geht wo Jugendliche und junge Erwachsene sich tatsächlich aufhalten. Das ist auch erforderlich, um negative Folgen der Corona-Pandemie zu mindern.

Das haben Jugendliche und Senioren gemeinsam! In den Stadtteilen verringern sich seit Jahren gewachsene soziale Begegnungspunkte. Denken Sie etwa an die örtliche Jugenddisko. Das war damals. Heute begegnen sich in Bad Nauheim Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Straßen und Plätzen. Das wird immer wieder von Bürgern als Störung eingeordnet und Abhilfe gefordert. Ob gerechtfertigt oder nicht: Es ist keine gleichberechtigte Nutzung des öffentlichen Raumes durch alle Generationen und beeinträchtigt damit den sozialen Frieden in unserer Stadt.

Besonders in den Stadtteilen gründet sich die Forderung nach neuen konzeptionellen Ansätzen durch eine dezentral aufsuchende Jugendarbeit sich auf berechnete Fragen, wie etwa:

- Wo können sich Jugendliche treffen ohne als Störfaktor eingeordnet zu werden?
- Wo feiern, wenn die Wohnsituation beengt ist und Geld fehlt?
- Wie steht es mit den Interessen der Jugendlichen beim Stadtbuskonzept?
- Wie darf Pubertät gelebt werden?

Mit dem Antrag geht es nicht darum verantwortlich handelnden Personen in Magistrat und Verwaltung zu kritisieren, oder das Konzept des Präventionspuzzles der Stadt Bad Nauheim in Frage zu stellen. Im Gegenteil es geht uns darum das bestehende Puzzle mit der „dezentral aufsuchenden außerschulischen Jugendarbeit“, unter Berücksichtigung der negativen Folgen von Corona, um notwendige Angebote zu erweitern.

Die aufsuchende Jugendarbeit bedarf folgender Zielrichtungen:

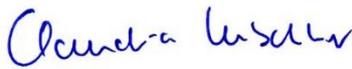
- Konfliktprävention
- Suchtprävention

- Niederschwellig zu erfahrende Angebote für Freizeit, Jobs, Weiterbildung, Ehrenamt
 - a) von der Stadt
 - b) in der Stadt

Im Interesse einer Kultur einer weiterführenden Selbstkritik wird eine Übertragung der Haushaltsmittel ausgeschlossen. Um erforderliche neue Wege zu erkennen und zeitnah zu gehen, wird empfohlen die Expertise eines erfahrenen freien Trägers der offenen Jugendarbeit und Suchtprävention bei der Konzeptionierung und Erprobung einzubeziehen.



Manfred Jordis
(CDU)



Claudia Kutschker
(B90/Die Grünen)



Esra Edel
(B90/Die Grünen)



Natalie Pawlik
(SPD)



Sinan Sert
(SPD)

Anlage: Statements des Jugendbeirats, zu den Folgen der Corona-Pandemie für den Ausschuss Soziales, Jugend und Senioren am 03.11.2021

„Corona stellt eine unmittelbare Gefahr für die nächste Generation dar, die unbedingte Hilfe benötigen, um dieses Ausmaß der negativen Konsequenzen einzudämmen.

Die Corona Pandemie, die seit 2020 wütet, hat schon jetzt drastische Folgen. Dennoch werden viele Auswirkungen vielleicht erst Jahre später bemerkbar sein, dennoch könnte diesen jetzt schon vorgebeugt werden.

Viele Jugendliche fühlen sich seit Jahren nicht gehört und haben das Gefühl, ihre Stimme in der Öffentlichkeit verloren zu haben. Dieses Unbehagen wurde durch die globale Pandemie nur noch verstärkt. Wir wurden im Stich gelassen. Zukunftsängste, psychische Probleme und Vereinsamung sind nur die Spitze des Eisberges, der viele Jugendliche vor große, unüberwindbare Herausforderungen stellt.

Gerade neu ins Leben eingestiegen, bleiben viele Türen für junge Leute und Kinder verschlossen. Die Abiparty, auf die man neun Jahre lang hingearbeitet hat, kann nicht stattfinden, bevor man lesen oder Schreiben lernt, soll man am Computer sitzen und Homeschooling haben. Essentielle Erfahrungen wie das soziale Miteinander gingen durch die Schulschließung verloren. Erfahrungen und Erlebnisse, die man später im Leben nicht missen will und die die Grundlage für das bieten, was und wer wir später mal werden. Soziale Fähigkeiten spielen im späteren Leben eine fast größere Rolle als das Interpretieren von Gedichten oder die Berechnung der Wahrscheinlichkeiten. Und dennoch hat dieses soziale Miteinander vielen über Monate hinweg gefehlt und sie damit in ihrer Entwicklung zurückgeworfen.

61 % der Jugendlichen geben Studien der Bertelsmann Stiftung zufolge an, dass sie sich teilweise oder sogar dauerhaft einsam fühlen. 64% der Befragten geben des Weiteren zu, dass sie als Folge der Pandemie psychische Belastungen aufweisen. Über zweidrittel der

Jugendlichen plagen zudem Zukunftsängste. Psychische Belastungen und Zukunftsängste treten vorrangig bei Jugendlichen aus finanziell instabilen Familien auf.

Während des zweiten Lockdowns im November 2020 gaben 65% der jugendlich Befragten an, dass sie das Gefühl haben, ihre Sorgen fänden kaum bis gar nicht Gehör. Diese Zahlen sind erschreckend und sollten jedem ein Warnzeichen sein, dass junge Leute dringend Hilfe und Unterstützung benötigen.

Liegt es nicht in der Verantwortung der Politiker:innen, als Repräsentant:innen der Bürger:innen, diese Ängste der Jugendlichen als nächste Generation ernst zu nehmen und alles dafür zu tun, sie davor zu schützen . Die Schaffung einer Stelle im Bereich Soziales der Stadt Bad Nauheim würde erheblich dazu beitragen, Jugendlichen eine Stimme zu geben und ihnen dabei zu helfen, sich von Problemen und Ängsten zu befreien.

Diese neue Arbeitskraft könnte Jugendlichen dabei unterstützen, sich von den durch Corona entstandenen Lasten zu befreien und ihnen ihre Zukunftsängste zu nehmen.“

Der Jugendbeirat